Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3246.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die vierspaltenene Reitzeile entgegen. Außenbungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 148. [47. Jahrgang.] Freitag den 26. Juni 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 148.

Berlin, den 25. Juni.

Rundschau im Auslande.

Zu den Grenzstreitigkeiten zwischen der Türkei und Persien

erfährt die Petersburger Telegraphen-Agentur aus zuverlässiger Quelle: Zu der letzten Zeit haben nicht nur die Ueberfälle durch die Kurden zugenommen, sondern es ist auch die Meldung eingetroffen, daß reguläre türkische Truppen Punkte des persischen Gebietes außerhalb der strittigen Zone besetzt haben, darunter die Bezirke Salmas und Somai, die verhältnismäßig unweit von der russischen Kaufasusgrenze liegen. Nach einer seit Jahrzehnten bestehenden Gepflogenheit sind Rußland und England bei der Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zwischen der Türkei und Persien beteiligt. Es ist daher nach einer Verabredung zwischen den Kabinetten von Petersburg und London beschlossen worden, daß der russische Geschäftsträger in Konstantinopel an die Pforte eine dahingehende Forderung stellen soll, die von dem englischen Vertreter energisch unterstützt wird. Dementsprechend hat der russische Geschäftsträger dem Großwesir aufs entschiedenste erklärt, Rußland könne nicht länger teilnahmloser Zuschauer der fortwährend wachsenden Kurdengreuel und des Vordringens der türkischen Truppen bleiben, was mit den Versicherungen der Pforte vom letzten Winter, den Status quo beizubehalten und eine Ueberschreitung der persischen Grenze nicht zuzulassen, in Widerspruch stehe. Der russische Geschäftsträger wies ferner darauf hin, daß das Erscheinen der türkischen Truppen unweit der russischen Grenze für Rußland von wesentlicher Bedeutung sei, und daß eine Fortsetzung des Vordringens der türkischen Truppen die Beziehungen Rußlands und der Türkei zu komplizieren geeignet sei und die Lösung der türkisch-persischen Grenzstreitigkeiten noch mehr erschweren könne. Auf Vorstellung beider Vertreter versprach der Großwesir, Takhir-Pascha unverzüglich vorzuschreiben, die türkischen Truppen aus dem Bereiche der strittigen Zone zurückzurufen und die Kurden zu zügeln. Der Großwesir hat jedoch auf Grund einer Meldung Takhir-Paschas die Besetzung Salmas und die Ueberschreitung des Bereichs der strittigen Zone in Abrede gestellt, mit Ausnahme einer kleinen Truppenabteilung und nur eines Ortes. Desgleichen wurde kategorisch die Beteiligung türkischer Kurden an den Greueln verneint. Nach den eingetroffenen Meldungen hat die von persischer und türkischer Seite abgeordnete Grenzkommission unterbrochen, gemischte türkisch-persische Abteilungen an diejenigen Orte abzusenden, an denen Kurdenscharen ihr Wesen treiben, um die Räuber in Schach zu halten.

Die Kämpfe in Persien.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind aus englischen amtlichen Quellen Depeschen aus Teheran über die dortige Lage eingegangen. Sie bestätigen in der Hauptsache die telegraphischen Nachrichten, die von anderer Seite stammen, stimmen aber nicht überein mit den sensationellen Berichten, wie sie von einigen Blättern veröffentlicht werden. Das Reutersche Bureau fügt hinzu, seitens Englands und Rußlands sei nicht beabsichtigt, sich in die inneren Angelegenheiten Persiens zu mischen; aber beide Regierungen hätten veranlaßt, daß den Beteiligten bekannt gegeben werde, sie dürften nicht auf irgend welche Unterstützung bei den Versuchen rechnen, die gegenwärtige Dynastie Persiens zu stürzen oder auf die Volksvertretung in Teheran einzuwirken.

Nach derselben Quelle hat die persische Gesandtschaft in London über den ersten Zusammenstoß zwischen Truppen und Endjumen folgendes Telegramm aus Teheran erhalten: Wegen der herrschenden Unruhe und Aufregung wurden Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt bereit gehalten. Als eine Abteilung die Moschee Sepaselar passierte, wo eine Anzahl von Endjumen versammelt war, wurden Bomben geworfen, die mehrere Soldaten und Beamte verwundeten oder töteten. Der Schah verhängte den Kriegszustand über Teheran. Gegenwärtig herrscht Ordnung.

Wie einem Londoner Blatt aus Teheran gemeldet wird, sind zwei nationalistische Führer im königlichen Lager gehängt worden. Um das Schicksal anderer neun Führer einschließlich des Präsidenten des Parlaments hegt man Besorgnis, obwohl der Schah versprochen hat, thr Leben zu schonen. Truppen überwachen die Zugänge zu der englischen Gesandtschaft und haben Befehl, die Flüchtlinge niederzuschießen, welche dort Schutz suchen wollen.

Tabriz, 24. Juni. Seit dem frühen Morgen findet ein Scharmützel zwischen Aufständischen und Reaktionären statt. Auf seiten der letzteren steht die Geistlichkeit. Die Basare, Banthäuser und Bureaus sind geschlossen. Der Telephonbetrieb ist unterbrochen.

*

Die Nowoje Wremja behandelt die persische Frage und sagt:

„Schwerlich wird irgend jemand in Rußland Anhänger einer aktiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens sein, selbst wenn irgend jemandes Rechte zu schützen sein sollten. Solange die Ereignisse in Persien keine Gefahr für unsere direkten Interessen bedeuten, scheint es uns das Zweckmäßigste, die Politik unser wohlwollenden Neutralität einzuhalten. Sie darf könnte aus Persien ein zweites Marokko geschaffen werden, was doch keineswegs erwünscht ist."

Die russische Schwarzmeerflotte.

Sebastopol, 24. Juni. Die Abteilung der Schwarzmeerflotte, bestehend aus drei Linienschiffen, einem Kreuzer und neun Torpedobooten, welche gestern Sebastopol zum Zweck praktischer Uebungen verließ, wird einige Auslandshäfen des Schwarzen Meeres, nämlich Burgas, Varna und Heraclea besuchen. In diesen Häfen wird für das Geschwader der übliche Empfang vorbereitet. Die Blättermeldungen über angebliche Demonstrationszwecke des Geschwaders entbehren jeder Begründung.

Bandenüberfälle.

Konstantinopel, 24. Juni. Die Gewalttaten der griechischen Banden gegen die Walachen in Mazedonien kamen in der letzten Zeit wieder zugenommen, ebenso die Bandentätigkeit im Vilajet Monastir. Nach den Konsularberichten fielen vom 1. bis zum 16. Juni 35 Menschenleben den Bandenüberfällen und politischen Morden zum Opfer. Der Marschall Ibrahim Pascha, der frühere Kommandant des bulgarischen Grenzgebiets, wurde zum Kommandanten des dritten Korpsbereiches in Salonoiki ernannt und soll heute mit weitgehenden Instruktionen für die Bekämpfung des Bandenunwesens abreisen. Der frühere Wali von Angora Nuri Bei wurde zum Wali von Skutari in Albanien ernannt.

Marokko.

Dem Journal des Débats wird aus Mogador vom 20. d. M. gemeldet, daß der Kaid der Anflus seinen Rivalen, den von Abdul Aßis gemonnenen Kaid M'tugi, verbindert habe, nach der Niederlage zweier kleiner hafidischer Abteilungen in Marrakesch einzurücken, indem er drohte, sonst von Abdul Aßis abzufallen. Die Truppen M'tugis lagen fünf Stunden von Marrakesch.

Aus Französisch-Westafrika.

Das französische Kolonialministerium veröffentlicht ein Telegramm, welches Einzelheiten über das am 14. Juni stattgehabte Gefecht bei Timoinan, 80 Kilometer von Tidjikdja, enthält. Danach wurde der Hauptmann Mauchin an der Spitze von 30 Kameltreitern von mit Repetiergewehren bewaffneten Mauren angegriffen. Der Hauptmann und ein Sergeant wurden getötet, auch sonst erlitt die Abteilung schwere Verluste. — Nach Privatdepeschen aus Dakkar soll die Kameltreiterabteilung niedergemetzelt und deren Waffen sowie ein Geschütz von den Mauren erbeutet worden sein. Die aufständische Bewegung in Mauretanien hat so sehr um sich gegriffen, daß der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika den Befehl erteilt hat, die Verproviantierung der Militärposten nur durch hinreichend starke Truppenabteilungen vornehmen zu lassen.

Venezuela.

New York, 24. Juni. Eine Nachricht aus Caracas besagt, daß die amerikanischen Interessen, die der brasilianischen Gesandtschaft anvertraut sind, ebenso wie die Vertreter der europäischen Nationen bei dem Präsidenten Castro auf vielfachen Widerstand stoßen.

Unruhe in den niederländischen Kolonieen.

Haag, 24. Juni. Ein amtliches Telegramm meldet: An der Westküste Sumatras haben, ebenso wie in anderen Gebieten, mohammedanische Fanatiker durch ihre Erzählungen von angeblichen Erfolgen der Aufständischen einen Aufstand erregt. Die telegraphischen Verbindungen sind vielerorts zerschnitten. Auch wurde der Versuch gemacht, einen Eisenbahnzug zum Entgleisen zu bringen. Ein Bataillon Militär ist in Padang eingetroffen.

Cleveland †.

Princeton (New Jersey), 24. Juni. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten Grover Cleveland ist gestorben.

Stephen Grover Cleveland war am 18. März 1837 zu Caldwell im Staate Jersey geboren. Aus einer kinderreichen Familie stammend und daraus früh auf sich selbst gestellt, wurde Cleveland zuerst Schreiber bei einem Advokaten. Später konnte er die Rechte studieren und wurde dann Advokat und Richter. Ein erstes größeres Amt bekleidete er als Bürgermeister von Buffalo, um binnen ein Jahr später, 1882, zum Gouverneur des Staates New York gewählt zu werden. In diesem Amte verstand es Cleveland, sich so viel Ansehen und Einfluß zu verschaffen, daß ihn die demokratische Partei als Präsidentschaftskandidaten den republikanischen Plänen entgegenstellte. Er wurde gewählt und trat März 1885 sein Amt an. Als Präsident machte er namentlich durch sein Eintreten für ermäßigte Zölle von sich reden. Im Jahre 1888 unterlag er im Kampfe mit dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harrison. Doch 1892 nominierte ihn seine Partei zum dritten Male zum Präsidenten und er siegte nunmehr über den republikanischen Kandidaten Harrison. In diese Präsidentschaft fielen wichtige finanzpolitische Maßregeln (Aufhebung der Freisilberprägung) und auswärtigem Gebiete der englisch-venezolanische Grenzstreit. Als wiederum Neuwahlen kamen, verzichtete Cleveland auf eine Kandidatur und trat 1897 aus der politischen Arena zurück, um fortan nur als Professor der Staatswissenschaften an der Universität Princeton (New Jersey) zu wirken.

Die Trauer um das Hinscheiden Clevelands ist in Amerika, ohne Rücksicht auf Parteistellung, ganz allgemein. Die dortige Presse würdigt Clevelands Bedeutung vorurteilslos. Präsident Roosevelt erließ eine Kundgebung, in der der schwere Verlust hervorgehoben wird, den der Tod Clevelands für die Nation hat schließen, und die Beteiligung von Armee und Marine an der Beerdigungsfeier angeordnet wird.

Auch in deutschen Zeitungen werden Cleveland freundliche Nachrufe gewidmet. So schreibt wie in einem die politische Laufbahn Clevelands sehr ausführlich behandelnden Artikel der Kölnischen Zeitung: „Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß der Mann, der als Präsident der Vereinigten Staaten den Haß der Republikaner wie der Demokraten in hohem Maße auf sich gezogen hatte, doch immer noch eine seltene Volkstümlichkeit besaß. Die Republikaner konnten es ihm nie verzeihen, daß er ihrem Kandidaten zweimal den Rang ablief, und die Demokraten, die unter seiner Verwaltung dem Freisilbersturm verfielen, gerieten ob seiner unentwegten Gutgeldpolitik außer Rand und Band. Aber wie gesagt, Cleveland hat deswegen seine Volkstümlichkeit nie eingebüßt, und selbst seine grimmigsten Gegnerinnen ließen sich in unbedachten Augenblicken einen kaum zu zähmenden Ausbruch entwinden, wenn die Rede auf ihn kam. — Die National-Zeitung schreibt: „„Old Grover!" Mit ihm ist der einzige lebende Expräsident der Vereinigten Staaten dahingeschieden. Noch im letzten Herbst erklärte er ziemlich drastisch: Ich bin ein viel zu guter Demokrat, um jetzt schon abzutreten! Damals stritten sich die Aerzte über das Leiden des Siebzigjährigen. Während einige auf Magenkrebs diagnostierten, erklärten es andere nur für die alten gastrischen Komplikationen, an welchen Cleveland schon seit langer Zeit in Verbindung mit einer Gicht litt. In letzter Zeit tauchten wiederholt beunruhigende Gerüchte über den Gesundheitszustand des alten Herrn auf. Als er aber vor wenigen Wochen sein Krankenlager im Lakewood-Hotel verließ und in anscheinend bester Laune und neu gestärkt nach seinem Heim in Princeton zurückkehrte, da hielt man die alarmierenden Nachrichten für übertrieben bezw. für ein „politisches Manöver". Und doch hatte der Tod schon seine Krallen nach dem bedeutenden Staatsmann ausgestreckt, seit gestern — dreiundzwanzig Tage nach seiner Rückkehr nach Princeton — liegt Grover Cleveland auf der Totenbahre. Cleveland war einer jener amerikanischen Typen, welche man auf den ersten Blick liebgewinnt. Nach näherer Bekanntschaft verstärkte sich die sofort gewonnene Sympathie noch für den „Mann von Princeton".

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser hörte gestern vormittag an Bord der Jacht Hohenzollern auf der Fahrt durch den Kanal nach Kiel die Vorträge des Chefs des Admiralstabs der Marine, Admirals Grafen v. Baudissin, des Chefs des Marinekabinetts, Vizeadmirals v. Müller und des Vertreters des Chefs des Zivilkabinetts, Geh. Regierungsrats v. Eisenhart-Rothe.

Gestern nachmittag 2 Uhr 20 Min. lief die Jacht Hohenzollern, mit Sr. Majestät dem Kaiser an Bord, gefolgt von Sleipner, in den Hafen von Kiel ein. Als die Kaiserstandarte sichtbar wurde, feuerte die Flotte einen Salut von 33 Schuß, die Mannschaften der Kriegsschiffe hatten Paradeaufstellung genommen und begrüßten den Kaiser mit dreifachem Hurra.

Nachdem die Hohenzollern an ihrem gewohnten Liegeplatz festgemacht hatte, empfing der Kaiser den Besuch des Kronprinzen und der Kronprinzessin, der Prinzessin Eitel-Friedrich und des Prinzen und der Prinzessin Heinrich sowie des Prinzen Sigismund und nahm die Meldungen des Stationschefs und der Admiralität entgegen. Seine Majestät machte sodann Besuche auf der Deutschland und bei den anwesenden Admiralen. — Zur Abendtafel an Bord der Hohenzollern bei Seiner Majestät waren geladen: der Kronprinz und die Kronprinzessin, Prinzessin Eitel-Friedrich, Prinz und Prinzessin Heinrich, Staatssekretär v. Tirpitz, die Admirale v. Prittwitz, v. Fischel, Graf Baudissin und v. Usedom und Oberpräsident v. Bülow.

Heute vormittag besichtigte Se. Majestät der Kaiser die Kaiserliche Werft in Kiel und nahm später militärische Meldungen entgegen. — Zur Frühstückstafel auf der Hohenzollern war Fürst zu Salm-Horstmar geladen.

* Der König von Sachsen ist heute mittag 12 Uhr 52 Min. mit seinen beiden ältesten Söhnen auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof eingetroffen.

* Der Großherzog von Sachsen-Weimar ist gestern abend von Weimar hier eingetroffen.

u. Graf Emil Friedrich v. Schlitz gen. v. Görtz ist aus Schlitz in Berlin eingetroffen.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach ist von Dienstreisen zurückgekehrt.

* Aus Stuttgart, 25. d., wird gemeldet: Zur heutigen Eröffnung der von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft veranstalteten Ausstellung sind der preußische Landwirtschaftsminister v. Arnim, der badische Minister des Innern Frhr. von und zu Bodman und der hessische Minister des Innern Dr. Braun hier eingetroffen.

u. Oberkäsemeister Graf v. Pückler ist aus Rogau-Rosenau hier eingetroffen.

* Der deutsche Ministerresident in Cetinje (Montenegro) v. Pilgrim-Baltazzi hat einen ihm Allerhöchst bewilligten Urlaub angetreten. Während seiner Abwesenheit werden die Geschäfte der Ministerresidentur von dem österreichisch-ungarischen Gesandten daselbst Freiherrn Kuhn v. Kuhnenfeld geführt.

u. Der Legationssekretär an der deutschen Gesandtschaft in Brüssel Kracker v. Schwarzenfeldt ist von dort in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Kaiserhof Wohnung genommen.

u. Der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Kopenhagen Hansen ist von hier in Berlin eingetroffen und hat im Hotel de Rome Wohnung genommen.

* Der vortragende Rat im Reichspostamt, Geheimer Oberpostrat Kobell, der zum Direktor ernannt worden ist, ist vor sieben Jahren vortragender Rat geworden. 1874 kam der Postrat in Sachsenhausen in den Dienst getreten, bestand er 1877 die Sekretariatsprüfung und 1883 die höhere Verwaltungsprüfung. 1886 wurde er Postinspektor in Hofheim, das ihm er auch einige Jahre in gleicher Eigenschaft nach Erfurt kam. 1894 wurde er Postrat bei der Oberpostdirektion in Königsberg; 1897 wurde er an die Oberpostdirektion in Kassel versetzt. Ende 1900 erfolgte seine Berufung als Hilfsarbeiter in das Reichspostamt, und im Juni 1901 wurde er zum Geheimen Postrat und vortragenden Rat in der I. Abteilung des Reichspostamts ernannt. Seit Februar 1905 war er Geh. Ober-Postrat.

Deutsches Reich.

** Mit dem Eintritt der Reisezeit muß die Eisenbahnverwaltung wieder des öfteren erfahren, wie schwer es ist, den einander oft widersprechenden Wünschen des Publikums gerecht zu werden. Während von manchen Reisenden darüber Beschwerde geführt wird, daß die Mitnahme von Handgepäck in die Abteile zu sehr beschränkt sei, mehren sich andererseits die Klagen darüber, daß die Abteile von einzelnen Personen mit Handgepäck derart überfüllt werden, daß die Mitreisenden das ihrige nicht mehr unterbringen können. Um derartigen Mißbräuchen einzelner entgegenzutreten, sind vor kurzem die Stations- und Zugbeamten sowie die Gepäckträger von neuem angewiesen worden, der vorschriftswidrigen Ueberfüllung der Abteile mit Handgepäck nach Kräften vorzubeugen. In einer hiesigen Korrespondenz wird nun an dieser Anordnung insofern Kritik geübt, als die Kontrolle durch die Gepäckträger als bedenklich bezeichnet und die Beschränkung ausgesprochen wird, daß das reisende Publikum in Bezug auf die Mitnahme von Handgepäck in die Abteile von dem Wohlwollen der Gepäckträger abhängig gemacht werde. Diese Beschränkung ist durchaus unbegründet, vielmehr ist gerade die Mitwirkung von seiten der Gepäckträger geeignet, das reisende Publikum vor ärgerlichen Auseinandersetzungen im Zuge mit den Mitreisenden oder den Zugbeamten von vornherein zu bewahren. Es kann den Reisenden nur erwünscht sein, wenn sie bereits vor Betreten des Bahnsteigs darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihr Gepäck für die Mitnahme in das Abteil zu umfangreich ist. Die Reisenden können dann noch ohne Aufwendung von Zeit und Mühe die Aufgabe des Gepäcks bewerkstelligen.

Die im Eingang erwähnte Verfügung richtet sich nur gegen solche Reisende, die ohne jede Rücksichtnahme auf Mitreisende die Abteile mit zahlreichen schweren und umfangreichen Gepäckstücken vollstopfen. Die große Mehrheit des reisenden Publikums wird von der genauen Durchführung der getroffenen Anordnung, die übrigens lediglich frühere Anweisungen wiederholt und von neuem einschärft, keineswegs in Mitleidenschaft gezogen, sondern nur vorteilhaft berührt werden.

* Vom Reichs- und Staatsanzeiger wird eine Entscheidung des Reichsgerichts veröffentlicht, worin der Grundsatz aufgestellt wird, daß die Unterlassung der Verfolgung eines Entschädigungsanspruchs nach den Unfallversicherungsgesetzen den Entschädigungsanspruch des Verletzten gegen den Tierhalter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche nicht berührt.

* Der polnische Berufsverband in Westfalen hatte an die Regierungspräsidenten in Arnsberg, Münster und Düsseldorf Anträge gerichtet um Zulassung der polnischen Sprache als Verhandlungssprache bei Sitzungen der polnischen Berufsvereine bezw. Versammlungen, einberufen durch den vorerwähnten Verband, in welchen nur berufliche und Fragen über Organisation verhandelt würden. Die Anträge wurden sehr ausführlich begründet. Die Regierungspräsidenten in Arnsberg und Münster antworteten, dem Wiarus zufolge, kurz, dem Antrage könne nicht entsprochen werden.

Der Vorstand des Bundes der Industriellen sprach in seiner Sitzung vom 23. d. M. sein lebhaftes Bedauern über das taktlose und sachlich unrichtige Vorgehen des Verbandes bayerischer Metallindustrieller gegenüber den kaufmännischen Angestellten und ihren Organisationen aus. Es wurde besonders hervorgehoben, daß in dem Verein der Handlungsgehilfen von 1858 (Hamburg) selbst Tausende von Prinzipalen Mitglieder sind. Wenn auch der von dem Bund der technisch-industriellen Beamten angeschlagene Ton nicht immer zu billigen sei, so könne doch keineswegs die Maßnahme, Mitglieder dieses Bundes von der Anstellung künftig auszuschließen, als berechtigt und zweckmäßig angesehen werden. Der Vorstand war im Gegenteil der Ansicht, daß die soziale Fürsorge für die Angestellten u. a. durch tätige Zuzugnahme der staatlichen Pensionsversicherung der Angestellten und Beamten zu beschleunigen sei.

* Nach viermonatiger Kommissionsarbeit und dreitägiger Verhandlung im Plenum hat die badische Zweite Kammer am 24. d. die Vorlagen, betreffend die Gehaltsordnung und die Gehaltstarife sowie die Abänderung des Beamtengesetzes von 1888, welche Kompromisse mit der Regierung darstellen, en bloc einstimmig angenommen. Die Vorlagen bringen eine 18 bis 19 prozentige Aufbesserung sämtlicher Beamten sowie wesentliche Verbesserungen des Beamtenrechtes.

Parteibewegung.

* Ueber die „Erfolge" der Sozialliberalen im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow wird in der Zuschrift eines Mitgliedes der Freisinnigen Vereinigung an die Naumannsche Hilfe ausgeführt:

„Daß der ungeheure Fleiß und der außergewöhnliche finanzielle Aufwand der Sozialliberalen so gering belohnt wurde, hatten doch auch die Pessimisten unter uns nicht angenommen. Tatsächlich ist über an Versammlungs- und Werbetätigkeit, an Skrupelhaftigkeit und Vorbereitung der Wahlschaft, an finanzieller Opferwilligkeit und persönlichem Arbeitseifer das Menschenmögliche geleistet worden. Dabei haben unsere Parteifreunde sich beteiligt, als ob es nicht eine betreundete, sondern die eigene Partei wäre, deren Kandidat durchgebracht werden müßte. Sicher ist in keinem Wahlkreise der Monarchie von einer einzelnen Partei eine solche Kraftentfaltung wie hier geübt worden. Und doch unter 1500 Wahlmännern nur 67 „unbedingt Zuverlässige", von denen auch nur wieder knapp 50 am 16. Juni ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Bedenkt man, daß auch die Zentrumspartei an dieser Ziffer in einigen Orten erheblich mitgearbeitet hat, so verzagen alle nachträglichen Erklärungen nur wenig. Auch die erreichte Stimmenzahl gibt gegenüber der der übrigen Parteien, zumal wenn man die gegenseitigen Kraftaufwendungen verzeichnet, keine stichhaltigen Trostgründe. Ausgerechnet in unserem Wahlkreis haben so bekanntlich „die verkleckerten Liberalen" den allergrößten Erfolg in der ganzen preußischen Monarchie erreicht, die Steigerung der Wahlmänner gegenüber der letzten Wahl um 100 v. H.! Die Ursache des sozialliberalen Mißerfolges wird deshalb von den verschiedenen Freunden sehr verschieden beurteilt: wir erblicken sie im Kern der ganzen demokratischen Wahlagitation, in der offenen und überall rücksichtslos verkündeten Parole des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie. Sie mußte bei der öffentlichen Stimmabgabe ganz naturgemäß ruinös wirken. Nicht nur, daß weite liberale Wählerkreise diese Parole nicht acceptieren konnten oder wollten, wurde sie auch von der Sozialdemokratie mit recht mäßiger Begeisterung aufgenommen, so daß nicht die sozialistischen bürgerlichen Versammlungsbesucher nicht überzeugte. Die beste Bestätigung gab der zuletzt die offizielle Sozialdemokratie ihre Stichwahlparole zu Gunsten des Liberalen Mißerfolges, auseinander. Ich hab noch weiter das Ihrige dazu beigetragen, um etwaige Illusionen in unserem Parteilager vollends zu ernüchtern. So kommt es, daß heute unter unseren engeren Parteifreunden die Meinung über das taktische Verhalten der sozialliberalen Wahlmänner bei der Stichwahl bei 16. Juni mindestens sehr geteilt ist."

Heer und Flotte.

* Frankreich. Paris, 25. Juni. Das neue lenkbare Luftschiff République wird der Festung Belfort zugeteilt werden, wo zu diesem Zweck ein Schuppen erbaut und der Luftschifferpark vergrößert wird.

* S. M. S. Loreley ist am 24. Juni von Barna abgegangen. — S. M. S. Iltis ist am 24. Juni in Schinklang eingetroffen und geht am 27. Juni nach Schanghai. — S. M. S. Iltzen ist am 24. Juni in Cermik eingetroffen und geht am 25. Juni weiter in See. — Am 24. Juni ist S. M. S. Hertha in Helgoland, S. M. S. Freya in Kuxhaven eingetroffen. — S. M. S. Hohenzollern und Sleipner sind am 24. Juni von Brunsbüttel nach Kiel in See gegangen. — Postflotten der II. Minenschiffdivision vom 30. Juni bis 4. Juli Wilhelmshaven, dann bis auf weiteres Kuxhaven.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* Wien, 24. Juni. Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Budgetdebatte erklärte Abg. Muehlwerth, von allen Mitinstanzen habe lediglich der Ackerbauminister die Deutschen vollauf befriedigt. In Eisenbahnangelegenheiten hätten die Deutsch-Böhmen eine Anzahl schwerer Beschwerden vorzubringen. Vom Unterrichtsminister könne man anerkennen, daß er seinen freiheitlichen Grundsätzen treu geblieben sei. Redner dankte ihm für die angebahnte Reform der Mittelschulen und erklärte, seine Partei wünsche keinen besseren Unterrichtsminister. (Lebhafter Beifall.) Abg. Pergelt (deutschnational) wandte sich gegen die Gültigkeit der Stremayerschen Sprachenverordnung, die nicht von deutsch-, sondern von tschechisch-böhmischen Richtern anerkannt sei, die massenhaft in deutsche Sprachgebiete versetzt wurden. Unter lebhaftem, lärmendem Widerspruch der Tschechen erklärte Redner, Beispielsweise Freyer habe nur das Richtige getan, als er in Eger eine Klage in tschechischer Sprache mit der Begründung zurückwies, daß in Eger die tschechische Sprache nicht gerichtsüblich sei und die Deutschen würden ihn deshalb verteidigen. Abg. Dr. Wolfler rief: „Pour le roi de Prusse". Dr. Herold: (Schweigen Sie mit dieser unverschämten Verdächtigung, Sie Schuft!" (Anhaltender Lärm.) Der Präsident rief den Abg. Herold zur Ordnung. Abg. Herold: „Sie verdächtigen und wollen die Verantwortung für solche Verdächtigungen nicht übernehmen." (Stürmische Protestrufe links.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede konstatierte Dr. Herold unter andauerndem Widerspruch der Tschechen, daß im deutschen Sprachgebiet zahlreiche tschechische Beamte angestellt sind, während in tschechischen Sprachgebieten mit Lokoffalen Minoritäten eine ganz verschwindende Anzahl deutscher Beamten fungiere. Das würden und könnten sich die Deutschen nicht gefallen lassen. Die Deutschen verlangten die nationale Autonomie, dann werde es Frieden werden, früher nicht. Die Deutschen seien verpflichtet, ihre deutsche Heimat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Abg. Lutsch sprach sich entschieden gegen den Bau des Donau-Oder-Kanals aus, welcher für Oesterreich direkt einen Selbstmord bedeuten würde.

* Graz, 24. Juni. Heute nachmittag versammelten sich die deutsch-nationalen Studenten, verstärkt durch Handelsangestellte und Arbeiter, vor einem Hotel, von wo aus die katholischen Studenten mit einer Anzahl geladener Gäste einen Ausflug unternehmen wollten, und versuchten in den Restaurationsgärten einzudringen. Die Menge wuchs am Abend immer mehr an, und da die 50 Mann starke Polizeitruppe angesichts der immer kritischer werdenden Lage sich als zu schwach erwies, wurde eine Kompagnie Infanterie requiriert, welche den Platz säuberte und die katholischen Studenten in ihre Wohnungen geleitete. Eine Abordnung der Demonstranten beschwerte sich beim Bürgermeister und beim Statthalter über das Vorgehen der Sicherheitswache und wegen Heranziehung des Militärs. Zu einem Zwischenfall kam es nicht. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

* Budapest, 24. Juni. Der Minister des Innern verbot den Betrieb des in München erscheinenden Simplicissimus